

Stand: 19.06.2026 14:34:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11041

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Finanzierung von Frauenhilfeeinrichtungen nach dem Gewalthilfegesetz (Kap. 10 07 Tit. 684 82)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11041 vom 17.03.2026
2. Beschluss des Plenums 19/11657 vom 22.04.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 76 vom 22.04.2026 (EPL 10)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher, Volkmär Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Finanzierung von Frauenhilfeeinrichtungen nach dem Gewalthilfegesetz
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 10 07 (Allgemeine Bewilligungen – Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe) wird der Ansatz im Tit. 684 82 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Abbau von Gewalt)) für das Jahr 2027 von 29.713,5 Tsd. Euro um 35.286,5 Tsd. Euro auf 65.000,0 Tsd. Euro angehoben.

Begründung:

Die aktuellen Entwicklungen bei häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt in Bayern machen deutlich, dass der bestehende Mitteleinsatz zum Ausbau der Hilfesysteme bei Gewalt gegen Frauen den tatsächlichen Bedarf bei Weitem nicht abdeckt. Gewalt gegen Frauen ist kein Randphänomen, sondern ein strukturelles und tief verankertes gesellschaftliches Problem – mit steigender Tendenz und gravierenden individuellen wie gesellschaftlichen Folgekosten.

Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik wurden im Jahr 2023 in Bayern bereits über 23 000 Fälle häuslicher Gewalt registriert. Auch die bundesweiten Zahlen für 2024 zeigen eine anhaltend steigende Entwicklung. Besonders betroffen sind Frauen: In rund drei Viertel der Fälle von Partnerschaftsgewalt sind sie die Opfer. In besonders schweren Fällen endet diese Gewalt tödlich – nahezu täglich wird in Deutschland eine Frau durch ihren (Ex-)Partner getötet. Diese Zahlen markieren lediglich das sogenannte Hellfeld.

Das tatsächliche Ausmaß ist erheblich größer. Die Dunkelfeldstudie LeSuBiA (Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag; BKA) zeigt, dass weniger als fünf Prozent der Fälle überhaupt zur Anzeige gebracht werden. Für Bayern bedeutet dies konkret: Den im Jahr 2024 angezeigten 14 409 Fällen von Gewalt gegen Frauen stehen rechnerisch rund 288 000 tatsächliche Fälle partnerschaftlicher Gewalt gegenüber. Diese Dimension verdeutlicht eindrucksvoll, dass bestehende Unterstützungsstrukturen nicht ausreichen, um Betroffenen Schutz und Hilfe zu gewährleisten.

Häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt sind keine Privatsache, sondern eine zentrale Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Betroffene Frauen und ihre Kinder sind auf verlässliche, niedrighschwellige und wohnortnahe Schutz- und Beratungsangebote angewiesen. Frauenhäuser, Fachberatungsstellen, Notrufe, Interventionsstellen

sowie Angebote der Täterarbeit leisten hier unverzichtbare Arbeit, vielerorts jedoch bereits an der Belastungsgrenze. Schon heute finden zahlreiche Frauen keinen Platz in einem Frauenhaus oder müssen weite Wege auf sich nehmen, um Unterstützung zu erhalten.

Mit dem Anfang 2025 auf Bundesebene beschlossenen Gewalthilfegesetz wurde erstmals ein individueller Rechtsanspruch auf kostenfreien Zugang zu Schutz- und Beratungsangeboten geschaffen. Der Bund stellt hierfür bis 2032 insgesamt 2,6 Mrd. Euro zur Verfügung und beteiligt sich damit erstmals an der Regelfinanzierung des Hilfesystems. Dieses Gesetz stellt einen Meilenstein im Gewaltschutz dar.

Die Verantwortung für die konkrete Umsetzung liegt bei den Ländern. Sie sind verpflichtet, bis Ende 2026 eine umfassende Bedarfsanalyse sowie ein tragfähiges Finanzierungskonzept vorzulegen. Ab dem 1. Januar 2027 müssen sie zudem ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und niedrigschwellig zugängliches Hilfesystem sicherstellen.

Vor diesem Hintergrund kommen Vertreterinnen der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, die einen Großteil der Hilfseinrichtungen tragen, zu dem Ergebnis, dass der derzeitige Haushaltsansatz des Freistaates nicht ausreicht. Sie machen deutlich, dass den im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 für das Jahr 2027 vorgesehenen 29,7 Mio. Euro für Maßnahmen zum Abbau von Gewalt gegen Frauen und Kinder bereits heute ein Finanzierungsbedarf von rund 64,6 Mio. Euro für die bestehenden Angebote gegenübersteht. Bislang wurde diese Finanzierung gemeinsam von Freistaat und Kommunen getragen. Künftig wird der Freistaat sie im Rahmen der neuen gesetzlichen Vorgaben weitgehend allein übernehmen müssen.

Die Wohlfahrtsverbände warnen, dass die eingeplanten Mittel nicht einmal ausreichen, um den Status quo zu sichern. Der dringend notwendige Ausbau der Angebote – insbesondere zusätzlicher Frauenhausplätze, der Ausbau von Beratungsstrukturen sowie die Weiterentwicklung von Second-Stage-Angeboten und Täterarbeit – ist unter diesen Voraussetzungen nicht realisierbar.

Zugleich darf der dringend erforderliche Ausbau nicht zulasten der Qualität gehen. Fachlich qualifiziertes Personal, ausreichende Betreuungsschlüssel, barrierefreie und kultursensible Angebote sowie spezialisierte Unterstützungsstrukturen sind zentrale Voraussetzungen für wirksamen Gewaltschutz. Eine bloße quantitative Ausweitung ohne entsprechende Qualitätsstandards würde den Anforderungen des Gewalthilfegesetzes nicht gerecht werden.

Der Freistaat steht daher vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen muss die bestehende Infrastruktur finanziell abgesichert werden, zum anderen ist ein erheblicher struktureller Ausbau erforderlich, um den künftigen Rechtsanspruch tatsächlich erfüllen zu können. Dies erfordert bereits jetzt eine deutliche und verlässliche Aufstockung der Haushaltsmittel sowie eine mehrjährige Finanzplanung mit klaren Ausbauzielen.

Ein wirksamer Schutz vor Gewalt ist eine Kernaufgabe des Staates und Ausdruck sozialer und rechtsstaatlicher Verantwortung. Jeder fehlende Schutzplatz, jede nicht erreichte Beratungsstelle und jede unterfinanzierte Einrichtung bedeutet konkret: Betroffene Frauen und Kinder bleiben ohne Hilfe und sind weiterhin Gewalt ausgesetzt.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Änderungsantrag der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/11041

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Finanzierung von Frauenhilfeeinrichtungen nach dem Gewalthilfegesetz
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Manuel Knoll

Abg. Andreas Jurca

Abg. Anton Rittel

Abg. Kerstin Celina

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Doris Rauscher

Abg. Thomas Huber

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Elena Roon

Abg. Stefan Frühbeißer

Abg. Julia Post

Abg. Felix Freiherr von Zobel

Staatsministerin Ulrike Scharf

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Haushaltsplan 2026/2027

Einzelplan 10

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie,
Arbeit und Soziales**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10238 mit 19/10253 und 19/10787)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10254 mit 19/10278 und 19/10356)

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10279 mit 19/10302)

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 19/10303 mit 19/10310, 19/10312 mit 19/10323)

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/10324 mit 19/10345, 19/10347 mit 19/10354, 19/10367, 19/10368, 19/10389, 19/10394, 19/10395 und 19/10752)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

hier: Finanzierung von Frauenhilfeeinrichtungen nach dem Gewalthilfegesetz (Kap. 10 07 Tit. 684 82) (Drs. 19/11041)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch für diesen Einzelplan 45 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/10238, 19/10253 und 19/10787 sowie die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/10279 jeweils namentliche Abstimmung beantragt haben. Über den soeben

erwähnten, zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/11041 wird auf Wunsch der Initiatoren ebenfalls namentlich abgestimmt. Zudem hat die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/10270 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt.

Nun eröffne ich die Aussprache. Erster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Manuel Knoll. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Manuel Knoll (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, werte Kolleginnen und Kollegen! Sinngemäß stammt von Ludwig Erhard das Zitat: Kein Staat kann seinen Bürgern mehr geben, als er vorher von ihnen bekommen hat. – Ich denke angesichts der aktuellen Debatten über Reformen unseres Sozialstaats sowohl in der Bundespolitik als auch hier in der folgenden Debatte über den Einzelplan 10 öfters an dieses Zitat. Wir werden nachher vonseiten der Opposition einen bunten Blumenstrauß an Forderungen hören, wofür denn noch mehr Geld hätte ausgegeben werden sollen. Ich wundere mich darüber sehr, weil dabei die Realität komplett ausgeblendet wird. In den letzten 15 Jahren ist das Haushaltsvolumen des Einzelplans 10 von 2,55 Milliarden Euro im Jahr 2011 auf 9,25 Milliarden Euro für die kommenden zwei Jahre angewachsen.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Das ist fast eine Vervierfachung gegenüber dem Jahr 2011 und eine Steigerung um knapp 8 % gegenüber dem Vorjahr. Der Doppelhaushalt im Einzelplan 10 erreicht damit ein neues Rekordniveau.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Um nicht falsch verstanden zu werden, stelle ich klar: Wir als Christlich-Soziale Union stehen zu unserer sozialen Verantwortung. Dennoch müssen wir den Grundsatz des Maßhaltens im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik berücksichtigen und können daher nicht sofort jeden Wunsch erfüllen, so sehr wir uns das beispielsweise beim

Gehörlosengeld als CSU auch wünschen würden. Der Freistaat leistet insbesondere im sozialen Bereich enorm viel; wir können aber trotzdem nicht dauerhaft über unsere Verhältnisse leben, wie das andere tun. Deshalb, werte Kolleginnen und Kollegen vor allem auf der linken Seite des Hohen Hauses, halte ich wenig davon, wenn Sie nachher sämtliche Bundesländer aufzählen, in denen es ein Gehörlosengeld gibt. Eine gute Sozialpolitik hat immer auch kommende Generationen im Blick, die dann die Zinslast und den verringerten Handlungsspielraum zu tragen haben, wenn man dauerhaft über seine Verhältnisse lebt. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass wir im Laufe dieser Legislaturperiode in die Umsetzung des Gehörlosengeldes einsteigen. Dazu stehen wir weiterhin.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Haushaltsentwurf des Einzelplans 10 ist mit einem Volumen von mehr als 9 Milliarden Euro pro Jahr ein Rekordhaushalt. An diesem Einzelplan ist besonders, dass rund 8,95 Milliarden Euro auf gesetzliche bzw. zwangsläufige Verwaltungsausgaben und im Verhältnis dazu nur 300 Millionen Euro auf freiwillige Leistungen entfallen. Wir senken damit die freiwilligen Leistungen um 22,5 %. Das ist fast ein Viertel für das kommende Jahr. Im darauffolgenden Jahr senken wir diese um weitere 5,3 %. Wir stehen als Regierungskoalition damit für einen soliden und nachhaltigen Umgang mit Steuergeldern und leben nicht dauerhaft über unsere Verhältnisse.

Trotzdem setzen wir gerade im freiwilligen Bereich wichtige Akzente, die unser Land maßgeblich voranbringen. Ich denke hierbei an die Bereiche Inklusion, das Jugendbudget und Projekte im Bereich der Erinnerungskultur, wenn es beispielsweise um das Thema Flucht und Vertreibung geht. Ich denke dabei auch an die Förderung der Schwangerenberatungsstellen, an Initiativen zur Gewaltprävention sowie Projekte zur Gleichstellung und Chancengleichheit, die wir als Freistaat damit unterstützen können.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Schwerpunkt des Sozialhaushalts liegt weiterhin deutlich bei den familienpolitischen Leistungen. Mehr als die Hälfte aller Ausgaben, also rund 5 Milliarden Euro, sind in den kommenden beiden Jahren dafür vorgesehen.

Die Förderung der Kleinsten liegt uns als Regierungskoalition besonders am Herzen. Deshalb ist es auch keine Überraschung, dass sich die weitaus größten Ausgabensteigerungen im Vergleich zu 2025 bei den Ansätzen zur Förderung bei den Kindertageseinrichtungen ergeben. Mit einem deutlichen Plus von 345 Millionen Euro für das Jahr 2026 und mit mehr als 540 Millionen Euro für das Jahr 2027 unterstützen wir die Kindertageseinrichtungen. Wir investieren damit in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir fördern aber nicht nur die Kleinsten in Kindertageseinrichtungen, sondern auch unsere Schulkinder. Deshalb erhöhen wir in diesem Haushalt die Mittel im Bereich des Ausbaus der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern jeweils um 43,7 Millionen Euro in den kommenden beiden Jahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist familienfreundlich und sozial. Wir lassen niemanden zurück. Wir haben hohe soziale Standards in diesem Land. Es wird in den kommenden Jahren eine große Herausforderung sein, dieses Niveau angesichts der zukünftigen Erwartungen durch den demografischen Wandel aufrechtzuerhalten. Diese Rahmenbedingungen sollten wir alle hier im Hohen Haus auch in der Debatte im Blick behalten. Es kann leider nicht jeder Wunsch erfüllt werden, so sehr sich die eigene Klientel das auch wünscht. Die Kunst des Haushaltens besteht nicht darin, Geld auszugeben, sondern darin, mit dem Geld auszukommen, das man hat. Dieser Maxime von Ludwig Erhard sollten wir uns auch in der sich anschließenden Debatte bewusst sein.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Wohlfahrtsverbänden, die sich im Freistaat mit den vielen Menschen in sozialen Berufen engagieren. Ich bedanke mich beim Bayerischen Jugendring für das große ehrenamtliche Engagement, das in Bayern eine große Säule für das gesellschaftliche Leben ist. Ich danke auch unserer Staatsministerin Ulrike Scharf, dem Amtschef Dr. Gruber sowie dem Ministerium für die Unterstützung bei der Erstellung des Haushalts. Vielen Dank auch an Thomas Huber sowie die

anderen Kolleginnen und Kollegen im Sozialausschuss für die gute Zusammenarbeit. Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsplan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bevor wir zum nächsten Redner kommen, kündige ich an, dass wir nach der Beratung dieses Einzelplans für eine Mittagspause unterbrechen werden. Das wird so ungefähr gegen 13:00 Uhr sein. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Andreas Jurca für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Andreas Jurca (AfD): Herr Vizepräsident, wertees Präsidium, werte Kollegen! Der Etat des Sozialministeriums umfasst in den nächsten beiden Jahren rund 9,25 Milliarden Euro jährlich bei einem Gesamthaushalt von etwa 84 Milliarden Euro pro Jahr. Bei diesen Summen kann man erwarten, dass genauer hingeschaut wird. Genau das haben wir getan und unsere Änderungsanträge zu den Haushaltsberatungen im Ausschuss eingebracht. Wir wollen die Mittel stärker darauf konzentrieren, was unmittelbar bei den Menschen ankommt. Wir fokussieren weniger auf Strukturen, Projekte und Maßnahmen, bei denen man zumindest die Frage stellen darf, ob sie zum Kern sozialer Politik gehören. Deswegen schlagen wir an einigen Stellen Kürzungen vor und setzen an anderer Stelle eigenen Schwerpunkte. Es geht also nicht um ein pauschales Nein zu diesem Einzelplan, sondern um eine andere Gewichtung innerhalb eines sehr großen Haushalts. Wer 29,5 Milliarden Euro verwaltet, sollte erklären können, warum jeder einzelne Schwerpunkt dort gesetzt wird, wo er gesetzt wird. Zu dieser Thematik wird meine charmante Kollegin Elena Roon Stellung nehmen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist der Kollege Anton Rittel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sozialhaushalt geht es nicht nur um große Zahlen, sondern auch um Menschen. Hinter jeder großen Zahl stehen Menschen, die uns und unsere Hilfe brauchen – sei es wegen Schwäche, wegen einer Behinderung, wegen einer Einschränkung, gleich welcher Art. Sie brauchen unsere Hilfe und bekommen sie auch.

Der Sozialhaushalt wächst um circa 8 %. Das ist ein Zuwachs oberhalb der Inflationsrate. In absoluten Zahlen ist das ein Zuwachs auf 9,3 Milliarden Euro. Das ist eine neue Höchstsumme. 2027 werden noch 9,45 Milliarden Euro hinzukommen. Wir sparen nicht nur. In schwierigen Zeiten muss man unterstützen. Mir persönlich liegen die Kinder am Herzen. Deshalb finde ich es gut, dass wir das Familiengeld umgeschichtet haben. Das Startgeld fließt in die Kindergärten. Die Mittel für die Struktur sind gestiegen. Das Geld fließt in die Struktur. So können wir die Kindergärten viel sicherer und besser finanzieren.

Die Förderung der Kitas steigt 2026 um 10 % auf 3,96 Milliarden Euro und 2027 noch einmal um 5 % deutlich an. Die Betriebskostenförderung steigt ebenso deutlich an. Die Teamkräfte werden mit 283 Millionen Euro gefördert. Die Qualitätsentwicklung der Kinderbetreuung aus Landesmitteln steigt von 1,4 Millionen Euro auf 31 Millionen Euro. Die Betreuungsplätze der Grundschul Kinder wurden bisher mit 21,4 Millionen Euro gefördert. Diese Summe steigt auf 72,9 Millionen Euro.

Es gibt eine strukturelle Neuaufstellung. Das ist das Fazit aus Gesprächen mit Verbänden und Organisationen. Sie haben uns gesagt, es sei gut, wenn wir es so machen würden. Wir machen das so und setzen das um. Ich danke der Sozialministerin Ulrike Scharf. Ich danke auch dem Sozialausschuss, dass wir das beschlossen haben. Der Haushalt stärkt nicht nur Familienpolitik; er stärkt auch die berufliche Teilhabe, berufliche Bildung, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung, den Jugendbereich und den Maßregelvollzug, für dessen Sicherheit wir gleichermaßen Verantwortung tragen. Ein guter Sozialstaat ist das Rückgrat der Gemeinschaft des Staates, und des-

wegen setzen wir uns für gerechte frühkindliche Bildung ein. Ich bitte um Zustimmung zum Haushaltsplanentwurf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat die Kollegin Kerstin Celina von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Kollege Rittel, Sie haben ebenso wie Ihr Vorredner von der CSU betont, dass der Sozialhaushalt 9,3 Milliarden Euro umfasst – mehr als je zuvor. Der Großteil entfällt auf vorgegebene Ausgaben.

Meine Frage lautet: Das ist doch komplett normal, dass in einer alternden Gesellschaft mehr Menschen soziale Hilfen brauchen. Das heißt: Die Tatsache, dass der Haushalt größer wird, verändert das Leben von Einzelnen nicht positiv. Es sind nur mehr Menschen, die aufgrund des demografischen Wandels der Gesellschaft, wie wir sie jetzt haben, von Sozialleistungen profitieren; aber der Aufwuchs des Sozialhaushalts hat nichts mit individuell besseren Bedingungen zu tun, oder wie sehen Sie das?

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Ja, aber ich sehe trotzdem, dass der Haushalt um 10 % wächst, und wie Frau Rauscher im Ausschuss so schön gesagt hat: Man kann nur das ausgeben, wofür man auch die Gegenfinanzierung hat. Das muss auch gegenfinanziert werden, und der Sozialhaushalt kann nur das ausgeben, was die Wirtschaft verdient und was der Staat zum Schluss zur Verfügung hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Kerstin Celina (GRÜNE): Das ist keine Antwort auf meine Frage!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Celina von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Mit dem Sozialhaushalt heute legen wir die Rahmenbedingungen für das Gestalten der sozialen Politik für zwei Jahre lang fest. Der Sozialhaushalt umfasst 9,25 Milliarden Euro, von denen ein großer Teil – wir haben es gehört – auf gesetzlich vorgegebene Ausgaben entfällt; aber wer macht denn die Gesetze im Bund und im Land? – Im Bund sind es CDU/CSU und SPD, und im Land sind es CSU und FREIE WÄHLER. Die CSU ist immer dabei,

(Zurufe der Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) und Thomas Huber (CSU))

und ich kann das Gejammer der Regierungsfractionen – man wolle viel mehr Gutes tun, aber leider gehe es nicht, man habe zu wenig Geld – nicht mehr hören; denn Sie haben kein Einnahmenproblem, Sie haben kein Ausgabenproblem.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sondern?)

– Sie haben schlicht und einfach ein Prioritätenproblem.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nein, wir nicht! Wir nicht!)

Die sozialpolitischen Versprechen aus dem Koalitionsvertrag haben keine Priorität bei Ihnen. "Der Freistaat ist verlässlicher Partner aller Familien", steht in Ihrem Koalitionsvertrag,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist auch so!)

und Sie schaffen das Kinderstartgeld ab,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ihr nie wolltet!)

bevor Sie es eingeführt haben – absolute Planlosigkeit!

Dazu kommt: Der Europäische Gerichtshof hat wie erwartet Ihre rechtswidrige Ausgestaltung des Familiengeldes moniert. Ein verlässlicher Partner der Familien sind Sie

nicht, und Sie sind auch kein verlässlicher Partner von Menschen mit Behinderungen. Das Programm "Bayern barrierefrei 2023" wurde inzwischen zur Daueraufgabe erklärt, weil die CSU 2013 mehr versprochen hat, als sie halten konnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Apropos Barrierefreiheit: Auch beim Einstieg in ein Gehörlosengeld ist in Bayern noch nichts erreicht. Die Hälfte der Legislaturperiode ist vorbei. Die Diskussionen um einen Nachteilsausgleich für Gehörlose und schwersthörbehinderte Menschen werden seit mindestens 15 Jahren im Landtag immer wieder diskutiert. Die konkreten Konzepte liegen auf dem Tisch, und die Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER haben in den letzten Wochen immer wieder ein Gehörlosengeld abgelehnt: unseren grünen Gesetzentwurf für ein Gehörlosengeld, die Haushaltsanträge verschiedener Fraktionen bei der Debatte im Haushaltsausschuss am 13. März und die Petition des Landesverbandes Bayern der Gehörlosen e. V. für ein Gehörlosengeld. Heute, hier und jetzt fordern wir GRÜNE Sie, die Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER auf: Hören Sie endlich auf, das Gehörlosengeld zu blockieren, und stimmen Sie unserem Antrag dafür zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen immer wieder: Wir haben kein Geld; aber vielleicht haben wir 2028 Geld dafür. Ich aber sage: Vielleicht haben wir 2028 noch weniger Geld dafür, und wer soll Ihnen nach all den Diskussionen in den letzten Jahren denn noch glauben, bei denen Sie immer, wenn es darauf ankam, Nein gesagt haben? Heute, hier und jetzt, im Jahr 2026, ist der richtige Zeitpunkt für ein klares Ja zum Gehörlosengeld. Wir haben in diesem Jahr – ich betone es noch einmal – kein Einnahmenproblem. Mit unseren Stimmen im Bund – mit dem Sondervermögen – fließen viele Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen nach Bayern, die überdies zu zusätzlichen Steuereinnahmen führen werden.

Dazu kommt: Mit einem einzigen Erbschaftsteuerfall hat Bayern 4 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen, von denen der größte Teil in Bayern bleiben wird, und all das, ohne dass eine einzige Firma oder Familie pleiteging. Die Gesetze hier im Land und im Bund werden gemacht oder auch nicht gemacht. Genau die beeinflussen die Einnahmenseite. Also tun Sie nicht so, als ob Sie da keine Möglichkeiten hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben auch – ich betone es noch einmal – kein Ausgabenproblem. Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN sind bereit, 18 Millionen Euro für zwei Pandabären, eine Leihgebühr für China und ein Gehege auszugeben. Sie haben Geld für Adventskonzerte, bei denen die Selbstdarstellung des Ministerpräsidenten im Mittelpunkt steht, ausgegeben, der Einstieg in den Münchner Opernball ist Ihnen eine ganze Stange Geld wert, und im Bund sägen Sie gerade mit voller Kraft am Behindertengleichstellungsgesetz.

Deswegen sage ich: Kurzfristige Kostenersparnis – egal, ob bei Familien, Kindern oder Menschen mit einer Einschränkung oder einer Behinderung – ist bei Ihnen im Fokus, anstatt dass Sie den Sozialhaushalt als das Element begreifen würden, bei dem man zeigen kann, dass Fairness, Solidarität und Gerechtigkeit zu den höchsten Prinzipien gehören, die uns bei der Aufstellung des Sozialhaushaltes leiten sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Sie sind fertig?

Kerstin Celina (GRÜNE): Ja.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Dann haben wir zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Für die erste hat der Kollege Manuel Knoll für die CSU-Fraktion das Wort.

Manuel Knoll (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin Celina, Sie haben mehrfach gesagt: Es gibt weder im Bund noch im Land ein Ausgabenproblem. Da müssen Sie mir doch noch einmal erläutern, wie Sie dazu kommen; denn ich stelle mir da schon grundlegende Fragen, wenn wir 41 % des Bundeshaushalts für soziale Ausgaben verwenden. Die Sozialausgaben steigen sowohl im Bund als auch im Land durch stetig wachsende Anforderungen und Maßnahmen an, und der Sozialhaushalt hier im Freistaat Bayern hat sich, wie vorhin erwähnt, in den letzten 15 Jahren vervierfacht. Wie kann man da davon reden, dass wir kein Ausgabenproblem haben, wenn der Anteil des Sozialhaushalts immer größere Anteile am Gesamthaushalt übernimmt? Da kann ich mich schon wundern, wie Sie zu dem Ergebnis kommen, dass wir kein Ausgabenproblem in diesem Bereich haben.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin.

Kerstin Celina (GRÜNE): Ich habe es klar gesagt: Sie können die Einnahmen gestalten, Sie können die Ausgaben gestalten, und Sie haben ein Prioritätenproblem. Ich habe klar gesagt: Der Aufwuchs des Sozialhaushaltes alleine besagt nicht, dass es den einzelnen Menschen damit besser geht, sondern es zeigt, dass wir in einer alternden Gesellschaft, in der mehr Menschen Hilfe brauchen, anders priorisieren müssen. Sie geben durch die Gesetze, die Sie machen – sowohl, was Einnahmen als auch, was Ausgaben angeht –, lieber Geld für Pandabären, für Adventskonzerte und für einen Münchner Opernball aus.

(Michael Hofmann (CSU): Oh! Nein! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist so billig!)

All die Jahre haben Sie in Bayern und im Bund Gesetze gemacht, die Ursache für die Ausgaben waren, und Sie haben in all den Jahren nie ein Gehörlosengeld auf den Weg gebracht,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was für eine einseitige Diskussion! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Populismus auf dem Rücken der Gehörlosen!)

als Sie schon Einnahmen hatten,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Populismus auf dem Rücken der Gehörlosen!
So was machen Sie!)

und jetzt haben Sie in einem einzigen Jahr eine Erbschaftsteuer von 4 Milliarden Euro eingenommen und sagen jetzt, Sie haben –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Sie haben eine Minute für Ihre Wortmeldung.

Kerstin Celina (GRÜNE): – ein Einnahmenproblem. Das ist einfach nicht wahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Vielleicht eine kurze Zwischenbemerkung von mir: Es liegt keine böse Absicht vor, wenn Ihre Mikrofone zum Teil nicht sofort funktionieren. Wir haben leider technische Probleme. Die Mikrofone müssen teilweise von Hand ein- und ausgeschaltet werden. Dem Plenardienst hier herzlichen Dank dafür, dass Sie das machen. –

Für die nächste Zwischenbemerkung hat der Kollege Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Celina, Schwerpunktsetzung kann man unterschiedlich betreiben. Das ist geschenkt.

Erster Punkt. Sie wollen allein im Wirtschaftsetat 1,5 Milliarden Euro mehr ausgeben, den Etat also verdoppeln. Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

Mein zweiter Punkt lautet: Sie reden von einer Erbschaftsteuer in Höhe von 4 Milliarden Euro, ja, Finanzamt Kaufbeuren. 50 % der Einnahmen gehen aber in den Länderfinanzausgleich.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Das sollten Sie bitte dazusagen.

Der dritte Punkt ist: Das Sondervermögen des Bundes ist für Investitionen da.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zusätzliche!)

Wir nehmen 7 Milliarden Euro. 5 Milliarden Euro davon geben wir den Kommunen. Die restlichen 2 Milliarden Euro müssen wir investieren und können sie gerade nicht im Sozialhaushalt unterbringen. Frau Kollegin, das sollten Sie redlicherweise dazusagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Kollege, erstens ist unser grüner Haushalt durchgerechnet und gegenfinanziert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sie haben das Geld schon zum dritten Mal ausgegeben!)

– Bevor Sie jetzt anfangen, hier herumzuschreien: Wir haben es im Sozialausschuss schon mehrmals durchdiskutiert. Es reicht nicht, wenn Sie die Einnahmen und Ausgaben einfach gegeneinanderstellen,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sondern?)

sondern wir haben einige Ausgaben beim Wissenschaftsbereich, zum Beispiel für die Universitäten, die klar aus dem Sondervermögen finanziert werden. Sie können das auf unserer Website nachlesen. Wir haben das auch im Ausschuss dreimal durchdiskutiert, und Sie haben es immer noch nicht begriffen.

Zweitens. Dass Geld in den Länderfinanzausgleich fließt, ist zunächst einmal wohl nichts Schlechtes.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Es fehlt uns halt!)

Wenn wir 4 Milliarden Euro Erbschaftsteuer bei einem einzigen Fall bekommen, dann kann es wohl nicht sein, dass Bayern davon nicht etwas über den Länderfinanzausgleich weitergibt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das fehlt uns halt!)

Was war das Dritte, wonach Sie gefragt hatten?

(Zuruf von den GRÜNEN: Zusätzliche Investitionen! – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

– Genau, zusätzliche Investitionen für Polizeidienststellen, für Wissenschaft, für den Ausbau von Bahn und Schieneninfrastruktur. Wir haben genau diese Punkte bei den zusätzlichen Investitionen drin,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die sind doch nicht im Sozialhaushalt!)

und erzählen Sie mir doch nicht, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, auch jetzt haben Sie wieder eine Minute für Ihre Antwort.

Kerstin Celina (GRÜNE): – dass wir nächstes Jahr mehr Geld als dieses Jahr haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Doris Rauscher.

(Michael Hofmann (CSU): Ein Glück, dass ihr keine finanzpolitische Verantwortung tragt! – Weitere Zurufe)

Frau Kollegin, Sie haben das Wort, und zwar nur Sie.

Doris Rauscher (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist eigentlich die Aufgabe eines Sozialhaushalts? – Für uns ist die Antwort klar: Menschen in schwierigen Lebenslagen zu stützen, Chancen zu eröffnen, wo sie fehlen, Vertrauen in den Staat zu schaffen, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, und das nicht irgendwann und nicht vielleicht, sondern verlässlich und dann, wenn es darauf ankommt. Ihr Haushalt wird dieser Aufgabe nicht gerecht. Ihr Rotstift setzt dort an, wo er hart trifft, zum Beispiel bei der Radikalisierungsprävention mit einem Minus von 400.000 Euro.

Manchmal flicken die Regierungsfaktionen notdürftig durch die Mittel aus der Fraktionsreserve. Die Jugendarbeit verliert beispielsweise 1,8 Millionen Euro im Haushalt und bekommt 1,5 Millionen Euro über die Fraktionsreserve wieder zurück. Die Erziehungsberatung verliert 800.000 Euro. 200.000 Euro kommen aus der Fraktionsreserve zurück. Was bleibt unter dem Strich? – Weniger Geld, mehr Unsicherheit, null Verlässlichkeit.

Dabei hätte die Staatsregierung Spielraum gehabt. Das Sondervermögen des Bundes stellt dem bayerischen Sozialministerium quasi in den nächsten beiden Jahren 90 Millionen Euro zur Verfügung. Die Staatsregierung hat entschieden, dass 70 Millionen davon in den Maßregelvollzug fließen. Für die Kinder- und Jugendhilfe, für Familien, für die soziale Infrastruktur bleibt hiervon nichts; eine – wie wir finden – vertane Chance und symptomatisch für die Prioritäten dieses Haushalts.

Ich könnte jetzt viele Lücken Ihres politischen Handelns benennen, und die SPD-Fraktion hat 24 Änderungsanträge eingebracht, weil es 24 gute Gründe gibt. Heute möchte ich aber nur drei Themen herausgreifen, die mir und meiner Fraktion besonders am Herzen liegen. Das ist der Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt, die Kitafinanzierung und die seit Jahren offene Frage des Gehörlosengeldes. Es sind drei sehr

unterschiedliche Themen. Für mich gehören sie aber zusammen; denn hinter jedem Thema steht die gleiche Frage: Hält die Staatsregierung ihr Wort?

Frauenhäuser und Fachberatungsstellen brauchen laut den Trägern an die 65 bis 67 Millionen Euro im Jahr. Eingestellt sind im vorliegenden Haushalt bislang aber nur 30 Millionen Euro, das ist nicht einmal die Hälfte des tatsächlichen Bedarfs. Gestern, einen Tag vor der Verabschiedung dieses Haushalts, kündigt die Ministerin an, dass Bayern das Gewalthilfegesetz des Bundes, das in Länderverordnungen umzusetzen ist, finanziell absichern wird.

(Thomas Huber (CSU): Das ist doch gut!)

Das freut uns außerordentlich. Es bleibt zunächst jedoch eine Ankündigung. Ankündigungen schützen aber keine Frauen. Haushaltsmittel tun das schon. Dass hier überhaupt Bewegung entstanden ist, haben die Träger erkämpft, und die Opposition hat das eingefordert. Das zeigt: Es geht, wenn der Druck groß genug ist. Das kann aber nicht unser Maßstab sein.

(Beifall bei der SPD)

Träger brauchen Planungssicherheit und kein Signal kurz vor Torschluss. Sie brauchen verlässliche Mittel, auf die sie bauen können. Machen Sie deshalb die Ankündigung von gestern heute verbindlich, und stimmen Sie unserem Haushaltsantrag hierfür zur.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

Ähnlich ist es bei der Kitafinanzierung. Die Staatsregierung stellt die steigenden Zahlen im Haushalt als Erfolg dar. Es ist auch an der Zeit gewesen, die Gelder zu erhöhen. Wer jedoch genauer hinschaut, sieht: Das Geld kommt nicht neu hinzu. Es wird lediglich aus Familiengeld, Krippengeld und anderen Titeln umgeschichtet. Leistungen für Familien werden für die schwarze Null gestrichen, und die Lücke zwischen dem, was eine Kita tatsächlich kostet und was der Freistaat erstattet, bleibt noch immer sehr

groß. Die Träger spüren das, und die Eltern spüren es, wenn die Gebührenrechnung kommt.

Bayern nennt sich noch immer Familienland. Aber zehn andere Bundesländer haben zumindest den Kindergarten bereits gebührenfrei gestellt.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Wir sagen: Wenn der Schulbesuch in einem Land kostenfrei ist, was er in der Regel ist, dann muss das auch für die Kita gelten; denn Bildung beginnt nicht erst mit der Einschulung.

(Beifall bei der SPD – Martin Wagle (CSU): Alles kostenlos!)

Schließlich zum Gehörlosengeld: Seit über 30 Jahren kämpfen gehörlose Menschen in Bayern für einen Nachteilsausgleich. Das ist etwas, das ihren Alltag ein kleines Stück gerechter machen würde. Die Koalition verspricht dies seit Jahren – zwei Haushaltsentwürfe später aber noch immer kein einziger Euro.

Kolleginnen und Kollegen, Gewaltschutz, Kitafinanzierung, Gehörlosengeld: Das sind drei Versprechen, die dieser Haushalt nicht angemessen einlöst, und wir haben auch deshalb 24 Änderungsanträge eingebracht, weil das die Menschen, um die es geht, verdienen. Keine Ankündigung, keine Fraktionsreserve, sondern Verlässlichkeit!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich bitte Sie daher: Stimmen Sie unseren Anträgen zu.

An dieser Stelle sage ich den Haushältern meiner Fraktion Volkmar Halbleib und Harry Scheuenstuhl herzlichen Dank. Außerdem geht ein ganz großer Dank an die Vertreter der freien Wohlfahrtspflege und an all die Engagierten im Haupt- und im Ehrenamt im sozialen Bereich.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Thomas Huber. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Kollegen Manuel Knoll und Anton Rittel haben die Zahlen des Haushalts vorhin präzise, sachkundig und klar vorgestellt. Dafür danke ich ausdrücklich, liebe Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus.

Ich möchte aber nicht nur Zahlen vortragen oder darüber reden, sondern ich möchte auch über den Rahmen sprechen, in dem diese Zahlen entstanden sind, und darüber, was diese Zahlen für die Menschen bedeuten.

Wir haben es gehört. Dieser Haushalt ist kein Haushalt wie jeder andere. Er ist unter Bedingungen entstanden, die wir in dieser Kombination noch nie kannten. Wir befinden uns in einer Zeit des Epochenbruchs. Das sage ich nicht, um Pessimismus zu verbreiten, sondern das sage ich, weil es die Wahrheit ist und Menschen, die Verantwortung tragen, diese Wahrheit auch ehrlich aussprechen müssen.

Der demografische Wandel schlägt auf unser Sozialsystem durch. Die digitale Transformation verändert die Arbeitswelt in einem rasanten Tempo. Der offene Welthandel, von dem Bayern so profitiert hat, ist unter Druck geraten. Zölle, Abschottung, geopolitische Unsicherheiten sind reale Belastungen für unsere Unternehmen, unsere Arbeitnehmer und unsere Familien. Wenn die Wirtschaft unter Druck gerät, gerät auch der Sozialstaat unter Druck; denn jeder Euro, der im Sozialstaat ausgegeben wird, muss erst einmal erwirtschaftet werden.

Das ist keine konservative Ideologie, das ist schlichte Realität und ökonomische Notwendigkeit. Genau deshalb ist bemerkenswert, was dieser Einzelplan 10 leistet. Das Gesamtvolumen steigt um knapp 8 %. Von den 9,25 Milliarden Euro pro Jahr sind sage und schreibe 280 Millionen Euro im freiwilligen Bereich, das heißt, das ist unser Handlungsspielraum, den wir in Bayern haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben in diesem Haushalt Umschichtungen vorgenommen, aber keine Kürzungen. Wir haben nicht bei den Schwachen gekürzt; das war eine bewusste Entscheidung. Der Schwerpunkt liegt klar bei den Familien: Über 54 % des gesamten Einzelplanes fließen in familienpolitische Leistungen. Ja, wir richten unsere Familienförderung neu aus, weg von der Individualförderung hin zu einer echten Qualität vor Ort. Wer Kinderbetreuung stärkt, stärkt Familien, Alleinerziehende und auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig lassen wir niemanden zurück: Ob Unterhaltsvorschuss oder Blindengeld oder Maßregelvollzug, der gestärkt werden muss – Bayern steht zu seiner sozialen Verantwortung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie der Staatsministerin Ulrike Scharf)

Neben diesen großen Linien möchte ich auf zwei aktuelle Initiativen der CSU eingehen, die mir persönlich wichtig sind, weil sie zeigen, dass Politik auch im Kleinen und im Konkreten Haltung beweist.

Erstens, das neue Jugendbudget, eine Initiative unserer jungen Gruppe. Mit 1,5 Millionen Euro stärken wir die Jugendarbeit in Bayern zusätzlich, ganz gezielt. Innovative Projekte, Beteiligungsformate, die Initiative junger Menschen sind kein Luxus, sie sind eine Investition in das Fundament unserer Gesellschaft. Junge Menschen brauchen Räume, in denen sie Verantwortung übernehmen und erleben, dass ihre Stimme zählt. Das ist Demokratiebildung und steht für das, was dieser Haushalt insgesamt aussagen soll, nämlich befähigen, statt verwalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie der Staatsministerin Ulrike Scharf)

Das Zweite betrifft unsere Heimatvertriebenen. Wir stellen in diesem Haushalt zusätzlich 1,37 Millionen Euro für Einrichtungen, Verbände und Projekte der Vertriebenen-

arbeit bereit. Das umfasst die Sudetendeutsche Stiftung, das Haus des Deutschen Ostens, die Stiftung Kulturwerk Schlesien und viele weitere. Das unterstützt den Sude-tendeutschen Tag, der in diesem Jahr erstmals in der Geschichte nicht auf deutschem Boden stattfindet, sondern in Brünn, erstmals auf tschechischem Boden. Das ist mehr als eine Veranstaltung, das ist ein Signal der Versöhnung, der Offenheit und des Dialogs mit unseren europäischen Nachbarn. In einer Zeit, in der Europa zusammenhalten muss, ist das kein kleines Zeichen. Ich freue mich, dass der Freistaat Bayern dazu beiträgt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte an dieser Stelle grundsätzlicher werden; denn die aktuellen Entwicklungen geben dazu Anlass. Was kann und soll unser Sozialstaat eigentlich leisten? – Die ehrliche Antwort lautet: Er muss sich verändern, nicht deswegen, weil wir weniger sozial sein wollen, sondern weil wir es bleiben wollen. Ein Sozialstaat, der sich nicht reformiert, wird irgendwann nicht mehr leistbar sein. Ein nicht mehr leistbarer Sozialstaat ist das Gegenteil von sozial. Wir brauchen einen Staat, der befähigt, statt verwaltet, der hilft, wo Hilfe gebraucht wird, und der Räume öffnet, in denen Menschen selbst etwas bewegen können.

Unser geschätzter ehemaliger Landtagspräsident Alois Glück hat immer gesagt: Die Ökonomie darf niemals im Gegensatz zur Menschlichkeit stehen. – Dieser Satz ist kein Widerspruch zu dem, was ich gerade gesagt habe, er ist seine Voraussetzung; denn nur ein System, das wirtschaftlich denkt und menschlich handelt, hält auf Dauer. Das Soziale ist der Kitt unserer Gesellschaft – davon bin ich zutiefst überzeugt –; denn die Feinde der Demokratie gedeihen dort, wo der Staat als ungerecht oder ohnmächtig wahrgenommen wird. Die beste Antwort darauf ist kein Gegengeschrei, die beste Antwort ist ein Sozialstaat, der funktioniert, der fair und berechenbar ist, der die Arbeit in der Mitte wertschätzt und gleichzeitig denen wirklich hilft, die Hilfe brauchen. Das wollen wir mit diesem Sozialhaushalt erreichen.

Abschließend sage ich auch, weil ich an dieser Stelle ganz ehrlich sein will: Ja, es gibt Vorhaben, für die ich mich in diesem Haushalt eingesetzt und gekämpft habe. Ein Gehörlosengeld für in Bayern lebende gehörlose Menschen wäre ein wichtiges Signal gewesen, dass wir Nachteilsausgleich ernst meinen – nicht nur als Wort, sondern als gelebte Realität. Es hat noch nicht geklappt. Das bedauern ich und viele Kolleginnen und Kollegen sehr, aber ich sage auch: Ich respektiere, dass man in Zeiten wie diesen nicht alles auf einmal durchsetzen kann, dass Priorisierung manchmal bedeutet, das Richtige zu verschieben, aber nicht aufzugeben. Ich und viele Kolleginnen und Kollegen werden dieses Thema weiter vorantreiben. Das ist kein Lippenbekenntnis, das ist Realität. Dass wir diesen Haushalt so aufgestellt haben, ohne Mittel aus dem System zu nehmen, ist in dieser Zeit jedenfalls keine Selbstverständlichkeit. Darauf können wir zu Recht stolz sein.

Abschließend ein herzlicher Dank an unsere Staatsministerin Uli Scharf, an Herrn Blank und das gesamte Team im Sozialministerium, natürlich auch den Kolleginnen und Kollegen im Arbeitskreis, im Ausschuss und auch dir, Sepp Zellmeier, ein herzliches Dankeschön für die gute Zusammenarbeit. Vor allem danke ich aber auch den vielen Tausenden Menschen, die in den Kindertagesstätten, in der Jugendarbeit, in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, in der Sozialwirtschaft jeden Tag oft unsichtbar die soziale Wirklichkeit in Bayern gestalten. Sie sind das soziale Gesicht unseres Landes. Ein herzliches "Vergelts Gott".

Ich bitte um Zustimmung für unseren Einzelplan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zunächst hat die Kollegin Ruth Waldmann, SPD-Fraktion, das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Lieber Kollege Tom Huber, mir geht es eigentlich vor allem um eine Bemerkung. Du hast sehr richtig gesagt, ein funktionierender Sozialstaat ist

der Kitt der Gesellschaft, weil es um Gerechtigkeit geht; das stimmt. Du hast aber auch gesagt, jeder Euro, der im Sozialhaushalt ausgegeben wird, müsste erst einmal in der Wirtschaft verdient werden. Das ist eben nur die Hälfte der Wahrheit. Es ist mir einfach wichtig, hier noch einmal darauf hinzuweisen: Es gehört beides zusammen.

Die Menschen, die in der Wirtschaft arbeiten, die alles erwirtschaften sollen, müssen auch in der Lage sein, das zu tun. Wir sind alle nicht nur Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, wir sind auch Söhne und Töchter von älter werdenden Eltern. Die müssen gut versorgt werden, sonst können wir unseren Job nicht machen. Oder wir sind Eltern von Kindern, bei denen Bildung und Kinderbetreuung funktionieren müssen, weil sonst die Wirtschaft nicht laufen kann.

Es ist also nicht richtig, nur zu sagen, erst muss die Wirtschaft alles machen, und dann kann man, was dabei herauskommt, in das Soziale investieren. Das Soziale ist genauso die Grundlage dafür, damit die Wirtschaft überhaupt funktionieren und brummen kann. Dieses Grundverständnis ist mir an der Stelle wichtig.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung.

Ruth Waldmann (SPD): Okay, die ist anscheinend schon rum.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Sie sind schon deutlich drüber. – Bitte, Herr Kollege Huber.

Ruth Waldmann (SPD): Dann unterhalten wir uns über das Gehörlosengeld danach.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Thomas Huber (CSU): Liebe Kollegin Ruth Waldmann, das war eine Feststellung und keine Frage. Ich kann unterstreichen, was du gesagt hast; ich habe das auch gesagt. Letztlich ist wichtig, dass unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Auskommen mit dem Einkommen haben. Die wichtigste Grundlage dafür sind Arbeitsplätze.

Diese Arbeitsplätze schafft unsere Wirtschaft, schafft unsere Industrie, schafft unser Mittelstand und unser Handwerk. Das sind die Stützen und die Grundpfeiler unseres Sozialstaates; denn ohne die würde das ganze System zusammenbrechen.

Wenn wir die nicht schützen und stützen, bricht ein wertvoller Pfeiler des Gesamtsystems weg. Dann brauchen wir nicht mehr darüber zu reden, welche Möglichkeiten wir haben, um Menschen zu unterstützen, die wirklich auf die Hilfe angewiesen sind. Deswegen ist es mir so wichtig, dass wir die verbleibenden 289 Millionen Euro von 9,25 Milliarden Euro, die wir als freien Spielraum im Sozialhaushalt haben, auch richtig und an der richtigen Stelle einsetzen, damit wir die stützen, die das System tragen, und denen helfen, die Hilfe brauchen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für die nächste Zwischenbemerkung hat die Kollegin Kerstin Celina, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Ich bin dir sehr dankbar, dass du auch ein paar andere Punkte erwähnt hast, zum Beispiel Vertriebene. Ich werde dieses Jahr selbst nach Brunn fahren. Ich finde das sehr wichtig. Gerade der Bereich zeigt uns, dass die Öffnung und die Unterstützung von Menschen, die nach dem Krieg aufgrund von Vertreibung zu uns gekommen sind, ein zentrales sozialpolitisches Ding sind, der Kitt, um die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Der Bund macht gerade aber einen Radikalschnitt, was Soziales angeht. Uns in Bayern, dir und mir und allen hier muss doch bei den Vorschlägen, die von der Bundesregierung gerade kommen, wirklich schlecht werden, die dazu führen, dass wir in Bayern versuchen müssen, den Mist, den sie auf Bundesebene sozialpolitisch gerade machen, wieder zu heilen. Dann fehlt uns das Geld an anderer Stelle, wo wir es lieber ausgeben würden, nämlich zum Beispiel beim Gehörlosengeld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte Herr Kollege Huber.

Thomas Huber (CSU): Liebe Kollegin Celina, du hast richtigerweise die Politik im Bund angesprochen. Ich bin auch nicht mit allem einverstanden, was auf Bundesebene jetzt und in der Vergangenheit gelaufen ist. Vieles, was jetzt im Bund getan wird oder getan werden muss, ist eine Reaktion auf die verfehlte Politik in den letzten Jahren. Ich sage den Plural "Jahren", ich sage nicht nur, das war die Politik der Ampel, sondern ich sage, da ist schon viel früher etwas schiefgelaufen. Was aber von der Ampel in dreieinhalb Jahren an Fehlentscheidungen getroffen wurde – ich nenne nur als Stichwort den SGB-Rechtskreiswechsel und andere Entscheidungen im Sozialbereich – auf Kosten der Länder, auf Kosten der Kommunen, ich glaube, darüber könnten wir uns stundelang unterhalten. Aufgabenübertragungen, Übertragungen von Pflichtaufgaben an Länder und Kommunen, erfolgten ohne ausreichende Mittelausstattung.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege!

Thomas Huber (CSU): Das ist jetzt momentan ein Reparaturbetrieb der misslungenen Politik der letzten Jahre. Entschuldigt bitte diese Ausdrucksweise, aber mehr fällt mir dazu nicht ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende. – Danke schön.

Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Elena Roon für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Bitte, Sie haben das Wort.

Elena Roon (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen und Zuschauer! Der Sozialstaat ist wichtig. Er hilft Menschen in Not und schützt die, die Unterstützung brau-

chen. Aber er funktioniert nur, wenn er tragfähig bleibt, und das sehen wir momentan nicht.

Im Einzelplan 10 sprechen wir inzwischen von Gesamtausgaben von über 9,25 Milliarden Euro. 2013 lagen sie noch bei 3,7 Milliarden. Diese Entwicklung ist massiv. Das heißt, man muss fragen: Wie konnte es dazu kommen, und wie lange soll das so weitergehen? Unser Sozialstaat beruht auf Solidarität. Wenn der Kreis der Leistungsempfänger, die noch nie einen Cent eingezahlt haben, derart wächst, dann geht die Rechnung nicht auf. Das sehen wir 2026 und 2027 eklatant.

Auf die Grundsicherung gehe ich gar nicht im Detail ein. Da haben Sie sowieso schon versagt. Aber ein wirklich erschreckender Wert ist der Aufwuchs im Maßregelvollzug. Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter kosten den Freistaat mittlerweile 480 Millionen Euro, mit steigender Tendenz. In zehn Jahren haben sich die Ausgaben fast verdoppelt. Der Anteil nicht deutscher Straftäter liegt bei über einem Viertel und wächst stark.

Auch die Ausgaben für unbegleitete minderjährige Ausländer steigen deutlich. In Bayern sind das mittlerweile 100 Millionen Euro. Dazu kommen 7,6 Millionen Euro für Personal- und Vormundschaftskosten sowie weitere 9,4 Millionen für junge Erwachsene. Unser Jugendhilfesystem ist überlastet, und Sie tun so, als wäre das alternativlos. Seit Jahren fordern wir als AfD geschützte Grenzen, Änderungen im Jugendhilferecht und eine medizinische Altersfeststellung. Dann gäbe es diesen Aufwuchs nicht.

Ein weiterer Punkt ist der Unterhaltsvorschuss. Der Freistaat zahlt hier 387 Millionen Euro. Zurück kommen nicht einmal 20 %. Wer Kinder in die Welt setzt, trägt die Verantwortung. Der Staat kann nicht dauerhaft einspringen, wenn Unterhaltspflichtige untertauchen, keinen Aufenthaltstitel haben oder nicht greifbar sind. Oder Millionen Euro an Kindergeld, die einfach ins Ausland fließen!

Unser Patentrezept lautet daher wie immer: kontrollierte Migration, konsequente Rückführung und klare Zuständigkeiten.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Hier, genau hier, ließen sich Millionen einsparen, die an anderer Stelle dringend gebraucht werden, zum Beispiel in der Kinderbetreuung. Die Kinderbetreuung ist mit über vier Milliarden Euro einer der größten Posten im ganzen Haushalt. Steigende Betriebskosten wurden jahrelang zulasten unserer Kinder ignoriert. Jetzt wird umgebaut. Aber wenn Sie ehrlich sind, kommt die Reform nur, weil der Bund die Finanzierung der Zuschüsse zu den Elternbeiträgen über den Qualitätsbonus untersagt.

Energie-, Inflations-, Bürokratie-, Integrations- und Inklusionskosten haben derart überhandgenommen, dass die Elternbeiträge explodieren. Dabei zahlen die Eltern ohnehin die Zeche Ihrer Politik: Krippen-, Familien- und Pflegegeld wurden gestrichen. In Zukunft sollen die Familien noch mehr belastet werden, durch Streichung von Familienversicherung und Ehegattensplitting. Wir halten deshalb an unserem Landesbetreuungsgeld fest. Wer seine Kinder selbst betreut – übrigens ist das für den Staat deutlich kostengünstiger –, darf nicht schlechtergestellt werden.

Sparen könnte man aus unserer Sicht eher bei den vielen Beauftragten, die weder unabhängig sind noch eine echte Kontrollfunktion erfüllen. Hinzu kommen Gleichstellungs- und Queer-Projekte mit zusammen fast zwei Millionen Euro. Liebe Kollegen, Sexualität gehört ins Schlafzimmer und nicht sonst irgendwohin.

(Beifall bei der AfD)

Mittlerweile werden allein sechs Millionen Euro für Radikalisierungsprävention ausgegeben. Ein Großteil fließt in einen NGO-Komplex, der nicht nur uns als AfD, sondern auch die Regierungsparteien bekämpft. Sie ziehen sich den Wolf selbst groß. Wie eng das verzahnt ist, zeigt etwa der vom BJR initiierte Michael-Schmidpeter-Preis für queersensible Jugendarbeit. Ich frage Sie: Wo ist denn der Preis für Steuerzahler? Für sensible Projekte beim BJR selbst, für die Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit sind über 8,6 Millionen Euro vorgesehen. Vor zehn Jahren reichten 4,5 Millionen Euro. Trotzdem legen Sie, die Regierungsfaktionen, noch einmal ein-

halb Millionen drauf, und das, obwohl der Oberste Rechnungshof seit Jahren Mängel beim Fördervollzug und bei der Kontrolle der Mittelverwendung beanstandet.

Wir sehen dieses Geld besser aufgehoben bei Familien, Schwangerschaftsberatung, Mehr-Generationen-Projekten und einer besseren Ausstattung heilpädagogischer Tagesstätten. Außerdem fordern wir als AfD weiterhin das vorbesprochene Gehörlosengeld, von dem in 2026 und 2027 nichts zu sehen ist.

Dieser Haushaltsplan zeigt die Probleme unserer Zeit: Es wird nichts mit der Migrationswende, es gibt immer mehr Ausgaben durch unkontrollierte Migration und immer mehr Auflagen aus Berlin für Ganztage und Gewalthilfegesetz. Gleichzeitig werden Ausgaben für Familien, Senioren, Schullandheime, berufliche Qualifizierung, assistierte Reproduktion oder die Beförderung schwerbehinderter Menschen zusammengestrichen. Aber Geld für Insolvenzberatung, NGOs und die Asylindustrie fließt fleißig weiter.

Das belohnt jene, die Eigenverantwortung abstreifen oder nie eingezahlt haben. Und wer wird bestraft, liebe Kollegen? – Bestraft werden die fleißigen Bürger da draußen und unsere Familien. Jetzt kommen sogar noch die Rentner dazu. Die werden auch bestraft. Danke an CSU und CDU dafür! Das kann so nicht weitergehen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Stefan Frühbeißer für die FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Vizepräsident, verehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Artikel 3 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung schreibt vor, dass Bayern ein Sozialstaat ist. Sozialstaat heißt auch soziale Gerechtigkeit. Das heißt, dass der Staat mit den Möglichkeiten, die er hat, dort, wo er agieren kann, vor allem mit der finanziellen Ausstattung, auch tätig wird, um denen

zu helfen, die tatsächlich auf Hilfe angewiesen sind. Auch Hilfe zur Selbsthilfe ist ein wichtiger Aspekt. Das heißt, man muss nicht alle Leistungen endlos weiterführen, sondern Ziel ist auch, dass sich jeder mit den Möglichkeiten, die er hat, in die Gesellschaft einbringen kann und entsprechend dazu beiträgt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben heute über 120 Änderungsanträge allein zu diesem Etat. Wir haben bereits im Haushaltsausschuss die Argumente intensiv ausgetauscht und entsprechend auch dargelegt, warum die einen oder anderen Prioritäten unterschiedlich gesetzt werden. Ja, das ist eine Prioritätensetzung, weil wir schauen, wo die Not am Größten ist und wo wir mit den Möglichkeiten, die wir haben, helfen können. Vor allem bedeutet soziale Gerechtigkeit, dass diejenigen, die etwas leisten, sprich diejenigen, die zur Arbeit gehen, so gestellt werden müssen, dass sie am Ende nicht schlechter dastehen als diejenigen, die Leistungen beziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Diskussion über diese Änderungsanträge macht deutlich, wo wir uns bewegen. Wir bewegen uns zwischen Kettensäge und Füllhorn. Sie glauben, das Geld sei endlos verfügbar. Das ist bei Ihren Ausführungen sehr deutlich geworden. Sie haben sich auf das Sondervermögen des Bundes bezogen und behauptet, das Geld sei ja da. Damit könnte man alles schön finanzieren. Dabei wird plötzlich nicht mehr zwischen laufenden Ausgaben und investiven Ausgaben differenziert. Sie möchten auch laufende Leistungen aus den Mitteln des Sondervermögens finanzieren.

Erstens wäre das nicht zulässig und zweitens ist ein Sondervermögen Geld, das nicht vorhanden ist. Das versteht jeder vernünftige Mensch. Ein Sondervermögen ist ein Darlehen, eine Kreditaufnahme. Jeder Euro, der aus dem Sondervermögen kommt, muss nicht nur verdient, sondern einschließlich der Zinsen auch zurückgezahlt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie jubeln darüber, dass es im Bund gelungen ist, ein Sondervermögen aufzulegen. Dann müssen wir den Menschen aber auch sagen: Jeder einzelne Euro einschließlich der Zinsen muss zurückgezahlt werden. Dieses Geld wird künftig im Haushalt fehlen, es sei denn, Sie wollen auch in Zukunft ständig neue Sondervermögen aufnehmen, als wenn dies ein Füllhorn wäre.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE): Ihr habt doch das Sondervermögen in den Haushalt reingewurstelt!)

– Danke für den Zwischenruf. Ich bin überrascht, dass Sie als Mitglied des Haushaltsausschusses derartige Bemerkungen machen. In den Haushalt wurde nichts hineingewurstelt; denn gerade die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU haben darauf geachtet, dass Investitionen im Investitionsbereich getätigt und für die laufenden Kosten keine Schulden aufgenommen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Genau deshalb haben wir im Haushaltsentwurf des Freistaats Bayern keine Darlehensaufnahme, keine Neuverschuldung, weil wir unsere künftigen Haushaltsjahre nicht vorbelasten wollen, wie das auf Bundesebene geschehen ist. Sie jubeln: Das Geld sei da. Jeder normale Mensch versteht: Schulden sind nicht vorhandenes Geld; sie sind eine Last für unsere Kinder, für unsere Nachkommen. Dieses Geld muss zurückgezahlt werden. Genau die Leistungen für Tilgung und Zurückzahlung sind es, die uns in den Folgejahren belasten werden. Das ist keine weitsichtige Finanzpolitik; das ist schlicht eine Farce. Sie wollen jetzt Wünsche und Vorstellungen befriedigen, die zum aktuellen Zeitpunkt nicht erfüllbar sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Claudia Köhler (GRÜNE): Das tut doch Ihre eigene Fraktion!)

Das Ganze wird noch durch einen Antrag, der im Rahmen der Haushaltsberatungen gestellt worden ist, unterstrichen: Sie wollen, um Maßnahmen zu finanzieren, auf Tilgungen verzichten. Das war ein Antrag der SPD. Frau Köhler, entschuldigen Sie bitte, dass ich jetzt Sie angesehen habe. Ich muss meinen Blick etwas mehr nach rechts wenden. – Dieser Antrag zeigt, dass die SPD glaubt, wir könnten jetzt alles auf Pump finanzieren. Sie wollen nichts tilgen, um ein paar Euro mehr lockermachen zu können. Dabei denken Sie nicht daran, dass wir dieses Geld in den Folgejahren zurückzahlen müssen und dass diese Gelder in der Zukunft fehlen werden. Wir haben die allgemeine Situation einer schwierigen weltpolitischen Lage, einer schwierigen Wirtschaftslage und einer Kostenexplosion. Wir werden dieses Geld in den folgenden Jahren mit Sicherheit noch dringender brauchen als heute.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich verweise noch einmal auf die große Anzahl der Änderungsanträge, von denen die Hälfte von den Regierungsfractionen stammt. Es ist die Arbeit eines Parlaments zu schauen, wo noch nachjustiert werden muss, wo noch geholfen werden kann und wo der Bedarf am Größten ist. Das haben wir mit unseren Fraktionsinitiativen getan. Wir haben Prioritäten gesetzt und zusätzlich aus der Fraktionsinitiative Mittel bereitgestellt, um gewisse Maßnahmen zu unterstützen. Deshalb liegt uns hier ein wirklicher Sozialhaushalt vor, der die Zukunft absichert, nicht nur in Bezug auf die Finanzlage, sondern auch für die Betroffenen.

Vielen herzlichen Dank. Stimmen Sie bitte diesem Entwurf zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Julia Post für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Julia Post (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt hat kein Geldproblem, er hat ein Prioritätenproblem. Er reagiert auf Druck, aber er gestaltet keine Zukunft. Das ist besonders bitter für ein Land, das sich selbst "Familienland Bayern" nennt; denn hier wird am eigenen Anspruch gespart, an Frauen, an Kindern, an Jugendlichen und an Familien.

Das sehen wir in der Familienpolitik. Das Familiengeld wird gestrichen. Ja, wir haben immer gesagt, dass die Gießkanne nicht hilft. Aber die Antwort kann doch nicht sein, die Unterstützung ohne einen Plan dahinter zu streichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die entscheidende Frage bleibt offen: Wie schaffen wir eine gezielte Unterstützung und gleichzeitig starke Kitas und eine gute Infrastruktur?

Thema Gewaltschutz: Als GRÜNE stehe ich in der Opposition und möchte bewusst auch einmal loben. Deshalb sage ich als Erstes: Danke, Staatsregierung. Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 67 Millionen Euro ab 2027, die Sie gestern angekündigt haben, sind ein wichtiger Schritt. Gut, dass hier so schnell auf die Hilferufe der Wohlfahrt reagiert wurde. Aber auch hier zeigt sich das Muster: Es geht vor allem darum, den Status quo zu erhalten. Es fehlt der systematische Ausbau. Wie greifen Prävention, Schutzpläne und Beratung ineinander? Wo entstehen neue Kapazitäten, um die Strukturen zu sichern? Das ist das eine; Frauen wirksam zu schützen, ist das andere.

Bei den Kitas sehen wir das gleiche Bild: Fachkräfte fehlen und Gruppen schließen. Gleichzeitig sinken in vielen Regionen die Geburtenzahlen. Das heißt, jetzt wäre die Chance, die Qualität zu stärken. Aber stattdessen wird die Verantwortung an die Kommunen weitergereicht, und die sind längst am Limit. Die Antwort auf die Frage, ob Betreuung, Unterstützung oder Schutz funktionieren, hängt immer mehr davon ab, wo man wohnt. Das ist kein Zufall; das ist die Konsequenz politischer Prioritäten.

Wir gehen einen anderen Weg. Sie verwalten den Mangel, wir beheben ihn. Sie reagieren, wir gestalten. Und das geschieht bei uns mit überschaubaren Mitteln. Wir brauchen dazu kein Füllhorn. Wir wollen 14 Millionen Euro zusätzlich für die Jugendsozialarbeit an Schulen, 250.000 Euro für eine Monitoringstelle zur Istanbul-Konvention und 85.000 Euro für eine Meldestelle gegen Antifeminismus. Das ist ein kleiner Betrag für ein wachsendes Problem. Wir wollen außerdem knapp 2 Millionen Euro für den Aktionsplan QUEER, damit Maßnahmen umgesetzt werden können. 250.000 Euro hier und 1 Million Euro dort, das sind keine großen Summen in einem Milliardenhaushalt. Aber genau diese Investitionen fehlen, um das System wirklich zu stärken, auszubauen und – das ist ganz wichtig – für mehr Prävention zu sorgen, um am Ende weniger Reparaturen vornehmen zu müssen.

Genau daran entscheidet sich Politik. Verwalten wir Probleme, oder lösen wir sie? Das ist der Unterschied zwischen uns. Sie verwalten das Heute, wir wollen in das Morgen investieren. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Zu einer Zwischenbemerkung hat Herr Kollege Felix Freiherr von Zobel von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Post, Sie haben gesagt, wir hätten in diesem Einzelplan kein Geldproblem, sondern ein Prioritätenproblem. Woher wollen Sie denn das Geld nehmen, um Ihre Prioritäten umzusetzen? In jedem Einzelplan wollen Sie mehr Geld haben. Ich habe das Gefühl, genug war für die GRÜNEN nie genug. Vielleicht können Sie uns einmal sagen, aus welchem Einzelplan Sie dieses Geld herausnehmen wollen.

Julia Post (GRÜNE): Wir haben ebenfalls einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE): Stellen Sie bitte nicht einfach wieder Behauptungen auf!)

– Doch, natürlich haben wir das getan. Wir haben an vielen Stellen Änderungsanträge für Kürzungen eingebracht. Ich nenne zum Beispiel die Streichung von Mitteln für den Neubau von Straßen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

– Sie haben mich gefragt, wo wir streichen wollen. Das sind unsere Vorschläge. Unser Haushaltsvorschlag ist ausgeglichen. Wir wollen kein Füllhorn, sondern nehmen eine konkrete Prioritätensetzung vor. Wir nennen auch Ross und Reiter, wo wir Streichungen vornehmen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Frau Staatsministerin Ulrike Scharf. Bitte, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie kurz mitnehmen in das München des Jahres 1946. 150 Männer und Frauen geben sich ein Versprechen: Friede statt Krieg, Menschlichkeit statt Hass und Recht statt Willkür. Sie schaffen unsere Bayerische Verfassung in unruhigen Zeiten, aber mit einem klaren Ziel, einem Bayern, das trägt, schützt und zusammenhält. – Heute, achtzig Jahre später, ist dieser Geist aktueller denn je. Hetzer und Spalter bedrohen unsere Demokratie. Kriege in der Ukraine und im Iran belasten unsere Wirtschaft. Unser Haushalt steht unter Druck. Gleichzeitig begegnen wir den großen sozialen Aufgaben. Die Antwort ist klar: Wir liefern einen Haushalt mit Chancen und Beständigkeit. Wir investieren rund 18,6 Milliarden Euro für unser soziales Bayern. Das ist ein Rekordhaushalt für das Soziale, aber auch ein Plus von 9,4 % gegenüber 2024 und 2025.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen in einer historischen Bewährungsprobe, ökonomisch, sozial und sicherheitspolitisch. Eine der zentralen Fragen muss lauten: Wie viel Sozialstaat ist tragfähig, heute und morgen? Schon Ludwig Erhard hat uns gewarnt, Hilfe für die Bedürftigen muss verlässlich sein, aber ein ausufernder Sozialstaat schwächt. Diese Warnung ist aktueller denn je. Wer über seine Verhältnisse lebt, lebt auf Kosten der Zukunft und der nächsten Generation, einer demografisch viel kleineren Generation. Die Opposition fordert in den vielen Änderungsanträgen rund 1,5 Milliarden Euro mehr. Das ist realitätsfremd und verantwortungslos,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

auch deswegen, weil solche Ausgaben das gefährden, was wir erhalten wollen, unseren Sozialstaat, unseren Zusammenhalt und damit auch die Zukunft für unsere Kinder. Ich sage klar, ein Leben auf Kosten der Zukunft ist nicht sozial. Sozial ist, wer bewahrt, was viele Menschen dringend brauchen. Sozial ist, was unseren Sozialstaat sichert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder im Haushaltsausschuss, wir haben intensiv gearbeitet, und ich möchte mich an der Stelle sehr herzlich bei den Berichterstattern und beim gesamten Ausschuss bedanken. Ich bedanke mich vor allem auch dafür – jetzt ist eine gute Gelegenheit –, dass wir mit den Rekordsummen, die wir beschlossen haben, Verantwortung klarstellen, trotz Krisen und knapper Kassen stärken und den Menschen in unserem Land die Gewissheit geben, dass unser soziales Netz trägt. Dafür stehen über 450.000 Beschäftigte in den sozialen Berufen. Dafür stehen zigtausend Ehrenamtliche, denen ich an dieser Stelle von Herzen ein Dankeschön für ihre Leistung sagen möchte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich zitiere Artikel 125 der Bayerischen Verfassung: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes. Sie haben Anspruch auf Entwicklung zu selbstbestimmungsfähigen und verantwortungsfähigen Persönlichkeiten." Dieser Anspruch ist unser Auftrag, und wir werden diesem auch gerecht. Wir investieren

über 55 % des Haushaltes in Kinder und Familien. Das ist mehr als die Hälfte. Das sind mehr als 10 Milliarden Euro, eine gewaltige Summe, und jeder Euro ist richtig investiert, wenn es um die Zukunft unserer Kinder geht. Wir alle wissen, und Studien zeigen es jedes Jahr aufs Neue, wer Kinder früh fördert, stärkt unsere Kinder für das ganze Leben. Deshalb hat für mich die frühkindliche Bildung klare Priorität. Sie ist und bleibt das Herzstück unserer Familienpolitik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dass wir viel erreicht haben, zeigt auch ein Blick auf die Entwicklung der Zahlen. Wir haben heute 10.800 Kitas. Das sind 35 % mehr als vor 15 Jahren. 647.000 Kinder, 43 % mehr als vor 15 Jahren, werden dort betreut. Zudem gibt es heute 124.000 Fachkräfte, 100 % mehr als vor 15 Jahren. Das ist eine starke Bilanz, aber ich sage auch klar, wir wollen mehr, noch gezielter, individueller und besser fördern und mehr Chancen für jedes Kind. Konkret bedeutet das 8 Milliarden Euro für unsere bayerischen Kitas. Wir investieren über eine Milliarde Euro mehr als 2024 und 2025, das ist eine Steigerung von über 15 %. Das ist ein echtes Plus für unsere Kinder und unsere Familien.

Mit unserer BayKiBiG-Reform zünden wir dann den nächsten Booster. Wir werden diese Reform zum 01.01.2027 umsetzen können und steigern damit den staatlichen Anteil der Kitafinanzierung um 25 %. Wir entlasten die Kommunen und die Träger. Bei der Reform war mir von Anfang an sehr wichtig, dass wir in diesem Jahr 2026 auch finanzwirksam werden und die Träger und Kommunen besser unterstützen, nämlich mit zusätzlich 280 Millionen Euro, die sofort fließen, bevor die Reform in Kraft tritt.

Auch ist klar, dass wir in einem sehr engen Austausch mit der Praxis sind und im parlamentarischen Verfahren des BayKiBiG genau hinschauen müssen, wenn es um die kleineren Einrichtungen geht, also um Kitas mit weniger als 50 Kindern. Wir stärken unsere Kitas auch mit der neuen Teamkräftepauschale von 284 Millionen Euro für alle

helfenden Hände, die in diesen Teams so wichtig sind, um unsere Kinder nicht nur zu betreuen, sondern auch höchste Qualität zu vermitteln.

Ich möchte auch ein bisschen einordnen, welche Prioritäten gesetzt werden, wenn es um Bildung in unserem Land geht. Wir haben eine Hightech Agenda für die Hochschulen. Wir haben Lehrkräfte und Startchancen-Programme für die Schulen. Wir haben jetzt ein BayKiBiG, das auch die frühkindliche Bildung berücksichtigt. In allen drei Bildungsbereichen verfolgen wir das klare Ziel der besten Chancen für unsere Bildung, die Kinder und die nächsten Generationen.

Verlässliche Betreuung beginnt in der Kita, aber sie endet dort nicht. Deshalb bauen wir auch die Ganztagsbetreuung für unsere Grundschul Kinder aus. Wir investieren 274 Millionen Euro für Betreuungsplätze, die Ausstattung und neue Grundstücke, aber auch für die Booster-Förderung. Dies ist ein klares politisches Signal für den Ganztags. Allein in den letzten zwölf Monaten haben wir über 20.000 neue Ganztagsplätze auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich nutze die Gelegenheit, um an die neuen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Kommunen zu appellieren, jetzt kräftig dabeizubleiben, wenn es um den Ausbau der Ganztagsplätze geht. Ich sage offen, dieses Förderprogramm war kein Selbstläufer. Am Anfang waren die Kommunen sehr zurückhaltend, die Förderung abzurufen. Wir hatten nur 11 % der Mittel bewilligt. Das war nicht zufriedenstellend. Ich war damit nicht zufrieden. Deshalb bin ich froh und dankbar, dass wir gerade bei den Förderrichtlinien anpassen und nachsteuern konnten, präziser, passgenauer und wirkungsvoller geworden sind, sodass der Ausbau jetzt Fahrt aufnimmt.

Für mich als Arbeitsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist klar: Kinderbetreuung ist auch Arbeitsmarktpolitik. Wer seine Kinder gut betreut weiß, kann sich stärker einbringen. Unsere Wirtschaft in Bayern – wir haben heute über den Haushalt dazu beraten – ist stark, trotz der großen und zum Teil riesigen Herausforderungen. Wir

haben bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote. Dennoch steigen auch bei uns die Arbeitslosenzahlen. Gleichzeitig brauchen wir mehr Fachkräfte in allen Bereichen. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, braucht es ein Bündel an Maßnahmen, aber vor allem Qualifizierung.

Wir investieren in die berufliche Qualifizierung insgesamt rund 19 Millionen Euro, weil wir alle fit machen wollen. Ich will als Beispiel drei Punkte herausgreifen: Mit der "Allianz für starke Berufsbildung in Bayern" ermöglichen wir jungen Menschen einen starken Start in die duale Ausbildung. Bei der Initiative "Ältere und Arbeitswelt" setzen wir auf die Expertise von älteren Menschen. Mit dem Bayerischen Arbeitsmarktfonds unterstützen wir Frauen und Menschen, die sich auf dem Arbeitsmarkt schwertun. Sozial ist für mich, was Chancen schafft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele junge Menschen machen sich Sorgen wegen der Inflation sowie der Kriege in Europa und in Nahost. Je älter unsere Kinder werden, umso größer sind die Fragen und ist das Einfallstor für Stimmungsmache und Influencer mit vermeintlich einfachen Lösungen. Genau darum ist Jugendarbeit gerade jetzt so wichtig. Mit der Jugendarbeit geben wir Halt, stiften Gemeinschaft und vermitteln unsere demokratischen Werte. An der Stelle geht ein sehr herzliches Dankeschön an den Bayerischen Jugendring für die wertvolle Jugendarbeit, die Sie tagtäglich erbringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir investieren in den beiden Jahren 2026 und 2027 80 Millionen Euro im Jugendbereich. Dank der Fraktionsinitiativen der CSU und der FREIEN WÄHLER kommen weitere 2,8 Millionen Euro hinzu. Herzlichen Dank auch dafür.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind keine zwei Wochen her, da ist unweit unseres Ministeriums in der Nacht ein Knallgeräusch losgebrochen. Es war ein Angriff auf das Eclipse, ein israelisches Restaurant. Das ist eine abscheuliche Tat. Das ist blanker Antisemitismus und eine Tat, die uns klarmachen

muss, dass wir den Spaltern und Hetzern keinen Raum geben dürfen. Wir müssen für unsere Werte einstehen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Am Montag hat unser Innenminister den Verfassungsschutzbericht vorgestellt. Die Ergebnisse sind erschreckend. Extremistisch motivierte Straftaten nehmen zu, und zwar quer durch das ganze Spektrum. Die Zahlen beunruhigen mich, und einmal mehr ist klar: In Bayern gilt null Toleranz gegen Hetze und Gewalt, ob von links oder rechts, von antisemitischer oder islamistischer Seite. Für mich ist klar, dass wir Extremismus stoppen und Prävention stärken müssen. Deshalb investieren wir rund 12 Millionen Euro in die Prävention.

Ich will hier auch einige Beispiele nennen: Da sind RIAS Bayern gegen Antisemitismus, die Fachstelle Ufuq und die Initiative MIND prevention gegen Islamismus. Da sind die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus und mehr-WERT Demokratie gegen Linksextremismus.

Das ist im Übrigen eine Steigerung der Radikalisierungsprävention von 4 %, liebe Kollegin Rauscher, und das ist auch gut so.

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist grauenhaft und abscheulich. Es darf sie eigentlich nicht geben. Gleichzeitig wissen wir, dass Frauen und Kinder jeden Tag Schutz und Beratung suchen, weil sie Gewalt erleben, weil sie Angst haben, weil sie in Angst leben, meist zu Hause, oder oft auch nur, weil sie Frauen sind. Das lässt mir keine Ruhe. Mit dem Gewalthilfegesetz haben wir in Deutschland einen wirklich großen Schritt gemacht. Ab 2027 werden die Länder die Fraueneinrichtungen sichern und stärken. Ab 2032 wird ein Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung geschaffen. Das ist ein Meilenstein. Jetzt zählt, was wir daraus machen.

Jedes Opfer muss wissen, dass wir da sind. Dafür sichern wir die Mittel. Der Minister rat hat gestern grünes Licht gegeben. Wir werden im kommenden Jahr 67 Millionen

Euro zur Verfügung stellen. Damit stärken wir nicht nur das Bewährte und geben Planungssicherheit für die Träger, sondern vor allen Dingen bauen wir dort aus, wo es nötig ist. Dafür setze ich mich weiter mit ganzer Kraft als Ministerin, aber auch als Anwältin für die Menschen in Not ein; denn Verantwortung zeigt sich genau hier: im Schutz der Schwächsten und in der Teilhabe für alle.

In Bayern, meine Damen und Herren, leben rund 2 Millionen Menschen mit einer Behinderung. Das ist etwa jeder Siebte. Wir sind mitten in einem demografischen Wandel. Wir werden älter, und umso wichtiger ist mir die Barrierefreiheit. Das ist ein echtes Herzensanliegen. Darum investieren wir rund 214 Millionen für ein Bayern ohne Barrieren, und zwar baulich genauso wie digital, aber vor allen Dingen auch in den Köpfen. Davon profitieren wir am Ende alle.

Vorhin wurde wieder die Barrierefreiheit bzw. das Ziel, das wir ausgegeben haben, kritisiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 2018 hat der Freistaat 1,4 Milliarden Euro in die Barrierefreiheit investiert. Es wird eine Daueraufgabe bleiben; davon bin ich zutiefst überzeugt. Aber wenn ich dann gestern erst bei der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft eine Veranstaltung zum inklusiven Arbeitsmarkt erlebt habe, weiß ich, dass wir auf einem unglaublich guten Weg sind.

Barrierefreiheit heißt auch Kommunikation ohne Hürden. Wir haben in Bayern wirklich schon viel erreicht, auch für gehörlose Menschen. Wir entlasten mit der Eingliederungshilfe. Wir unterstützen mit Kommunikationshilfen von der Kita über Behörden und die Arbeitsvermittlung bis hin zu Gerichten und Krankenhäusern. Wir haben den Notfallbereitschaftsdienst für Gehörlose geschaffen, der rund um die Uhr erreichbar ist. Das gibt es nur bei uns.

Genauso klar ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir erst mit dem Gehörlosengeld die Lücken schließen. Unsere derzeitige Lage verlangt ein Haushalten mit begrenzten Mitteln. Deshalb darf ich mein Bedauern zum Ausdruck bringen, dass in diesem Doppelhaushalt die Einführung des Gehörlosengeldes nicht abbildbar ist.

An die gehörlosen Menschen hier im Saal und zu Hause: Ich verstehe Ihre Enttäuschung. Ich danke dem Landesverband Bayern der Gehörlosen für seine klare Stellungnahme. Aber ich sage Ihnen auch: Wir stehen zu unserem Koalitionsvertrag; wir werden den Koalitionsvertrag umsetzen. Wir sind mitten in der Legislatur und tun alles, damit das Gehörlosengeld kommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn es um Teilhabe und Menschen mit Behinderung geht, kann ich ganz klar formulieren, dass wir intensiv und massiv in unser Bayern für alle investieren, insgesamt 919 Millionen Euro. Wir stärken die Teilhabe mit gezielter Frühförderung. Wir fördern Inklusion im Alltag mit der offenen Behindertenarbeit. Es geht noch weiter mit 20 Millionen Euro zusätzlich für Wohnplätze, Förderstättenplätze und echte Perspektiven über den Landesbehindertenplan. Von einem bin ich zutiefst überzeugt: Unsere Demokratie ist stark, wenn alle mitmachen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe zu Beginn an die Mütter und Väter unserer Bayerischen Verfassung erinnert. Vor achtzig Jahren, in unsicheren Zeiten, haben sie nach vorne geblickt, mit Mut, Bestimmtheit und Verantwortung. Sie haben dem Land eine Richtung gegeben. Genau das tun wir heute mit unserem Haushalt auch, mit verantwortungsvollen Entscheidungen ohne neue Schulden, aber mit voller Kraft für Teilhabe, Chancen und Zusammenhalt.

Mit diesem Haushalt stärken wir das menschliche Gesicht Bayerns. Bei allen ökonomischen Sorgen, bei allen Investitionen in Hightech und Infrastruktur haben wir das menschliche, soziale und ehrenamtliche Bayern im Blick. Die Stärke Bayerns sind seine Menschen. Ich freue mich, wenn wir gemeinsam entschlossen handeln, gut erklären, Vertrauen sichern. Dazu reiche ich meine Hand und freue mich, wenn wir unseren Haushalt heute auf den Weg bringen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Frau Staatsministerin. – Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zunächst hat die Kollegin Kerstin Celina, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, ich habe mehrere Fragen.

Erstens. Die freiwilligen Leistungen im Sozialhaushalt werden um 22 % gekürzt. Ist das das Richtige in einer Zeit, in der für viele das Wohnen, die Lebensmittel und die Energie viel teurer werden?

Zweitens. Welche Bundesratsinitiativen planen Sie beim Thema Behindertengleichstellungsgesetz? Die Situation für Menschen mit Behinderung wird deutlich schlechter werden, als sie jetzt aktuell ist.

Drittens. Thema Gehörlosengeld: Gibt es eine Chance, das Gehörlosengeld im Nachtragshaushalt für 2027 noch zu verankern?

Viertens. Thema Max-Mannheimer-Studienzentrum in Dachau: Dieses entwickelt eine digitale Lernplattform für junge Menschen. Das Thema Demokratie ist wichtig. Dem Studienzentrum droht wegen des geplanten Umbaus des Bundesprogramms "Demokratie leben!" das Aus. Die CSU regiert auf Bundesebene mit. Werden Sie in Bayern dieses Projekt weiter halten? Wir müssen uns alle einig sein, dass das Max-Mannheimer-Studienzentrum in Dachau für den Erhalt der Demokratie enorm wichtig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Darüber sind wir uns einig. Danke für die Bewertung. Für mich ist klar, dass das Max-Mannheimer-Studienzentrum weiterhin unterstützt werden muss. Die Projekte müssen gefördert werden. Ich schätze es wie Sie ein: Es ist ganz wesentlich für den Erhalt unserer Demokratie.

Sie fragen, warum wir bei den freiwilligen sozialen Leistungen gestrichen haben. Frau Celina, Sie wissen, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden auf

den Weg gebracht haben. Das bedeutet über alle Ressorts hinweg Einsparungen. Das macht diesen Betrag aus.

Sie geben uns jetzt eine Empfehlung, wir sollen eine Bundesratsinitiative mit dem Behindertengleichstellungsgesetz in Berlin starten. Wir wissen sehr gut, wie wir uns hier einbringen, weil wir mit am Tisch sitzen.

Eine der Fragen habe ich jetzt vergessen.

Kerstin Celina (GRÜNE): Das Gehörlosengeld und der Nachtragshaushalt.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Sie wissen, dass wir jetzt einsteigen. Ich glaube, ich habe sehr deutlich gemacht, dass wir in diesem Doppelhaushalt keinen Spielraum sehen, mit dem Gehörlosengeld einzusteigen. Aber noch einmal das ganz klare Bekenntnis: Wir haben uns im Koalitionsvertrag dahin gehend klar positioniert, dass das Gehörlosengeld kommt. Das ist jetzt nicht die Frage des Nachtragshaushalts, sondern wir werden weiterhin verhandeln.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung hat die Kollegin Dr. Simone Strohmayr, SPD-Fraktion, das Wort. Bitte.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin, die im Haushalt eingestellten 30 Millionen Euro für Frauenhäuser und Notrufe reichen hinten und vorne nicht. Damit können wir eben nicht die notwendigen Plätze schaffen. Damit können wir nicht die notwendige Beratung zur Verfügung stellen. Und was ist mit den vielen Kindern, die von Gewalt betroffen sind?

Ich möchte Sie einfach noch einmal dazu aufrufen: Schaffen Sie mit uns gemeinsam verlässliche Strukturen. Heute entscheiden wir über den Doppelhaushalt für die kommenden zwei Jahre. Stimmen Sie unserem Antrag zu; dann haben die Träger – ich bin Vertreterin der AWO – wirklich verlässliche Strukturen für die kommenden Jahre. Sie

haben jetzt angekündigt, dass Sie im Nachtragshaushalt das Geld zur Verfügung stellen, aber Sie sind selbst lange genug dabei. Sie wissen, wie lange es noch dauert, bis wir das Gesetz verabschieden, bis wir hier über die Ausführungsverordnung entscheiden. Ich bitte Sie einfach: Stimmen Sie heute unserem Antrag zu! Dann schaffen wir verlässliche Strukturen für die vielen betroffenen Frauen.

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Vielen Dank für diese Nachfrage noch einmal zum Gewalthilfegesetz. Liebe Kollegin, Sie wissen sehr genau, dass wir jetzt eine Änderung unserer Ausführungsgesetze zu den Sozialgesetzen und eine Verordnung brauchen. Wir haben gestern im Ministerrat dazu grünes Licht gegeben und vor allen Dingen auch die Mittel beziffert.

Es handelt sich hier um überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, und das heißt ganz klar Planungssicherheit für die Träger. Es gibt diese Beschlusslage. Ich möchte jetzt auch aus Respekt vor dem Parlament, dass Sie mitwirken, wenn wir jetzt in diese Änderung der Ausführungsgesetze für die Sozialgesetze gehen, und dass das Parlament ganz normal im parlamentarischen Verfahren betraut ist. Ich bitte auch jetzt schon darum, dass wir zügig durchkommen, damit im Sommer dieses Gesetz verabschiedet werden kann. Aber eines ist klar: Wir werden die Mittel einstellen. Das ist sicher, und das heißt ganz konkret, dass dann die Träger ab Sommer die Anträge für 2027 schon stellen können. Das ist für mich das Entscheidende.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich die Gelegenheit nutzen, unseren beiden Gebärdendolmetscherinnen zu danken, die diese Debatte hier barrierefrei erlebbar machen. – Herzlichen Dank für Ihre wertvolle Arbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10238 mit 19/10310, 19/10312 mit 19/10345, 19/10347 mit 19/10354, 19/10356, 19/10367, 19/10368, 19/10389, 19/10394, 19/10395, 19/10752 und 19/10787 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/11376 und der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/11041 zugrunde.

Ich lasse zuerst über die Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmungen beantragt wurden, abstimmen.

Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Finanzierung von Frauenhilfeeinrichtungen nach dem Gewalthilfegesetz" auf Drucksache 19/11041. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Ich gebe die Abstimmung jetzt frei.

(Namentliche Abstimmung von 13:13 bis 13:16 Uhr)

Die drei Minuten neigen sich dem Ende zu, und ich schließe jetzt die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Versprechen einhalten – Einführung eines Gehörlosengeldes" auf Drucksache 19/10238. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt jetzt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 13:16 bis 13:18 Uhr)

Als Nächstes kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Personelle Ausstattung der Sozialgerichte verbessern" auf Drucksache 19/10253. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Änderungsantrag ebenfalls zur Ablehnung. Die

Abstimmungszeit beträgt auch hier zwei Minuten, und ich gebe die Abstimmung jetzt frei.

(Namentliche Abstimmung von 13:18 bis 13:20 Uhr)

Werte Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind jetzt vorbei, und damit schließe ich die Abstimmung.

Nun folgt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Modellprojekt ‚Freiwilliges Handwerksjahr‘ in Bayern zur Stärkung der Berufsorientierung und Fachkräftesicherung im Handwerk" auf Drucksache 19/10787. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt wiederum zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 13:21 bis 13:23 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, ich schließe hiermit auch diese Abstimmung.

Ich lasse jetzt noch über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Versprechen halten – Gehörlosengeld in Bayern endlich einführen" auf Drucksache 19/10279 namentlich abstimmen. Diesen Änderungsantrag empfiehlt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt wiederum zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 13:23 bis 13:25 Uhr)

Werte Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind abgelaufen. Ich schließe damit auch diese Abstimmung.

Während die Abstimmungsergebnisse ermittelt werden, fahren wir mit der einfachen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Zuschuss an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle und das Institut für

Jugendarbeit" auf Drucksache 19/10270 fort. Auch dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer dem Änderungsantrag entgegen dem Ausschussvotum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich gebe nun die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt: Beim zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Finanzierung von Frauenhilfeeinrichtungen nach dem Gewalthilfegesetz" auf Drucksache 19/11041 haben 43 Abgeordnete mit Ja und 127 Abgeordnete mit Nein gestimmt; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Versprechen einhalten – Einführung eines Gehörlosengeldes" auf Drucksache 19/10238 haben 43 Abgeordnete mit Ja und 123 Abgeordnete mit Nein gestimmt; es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Personelle Ausstattung der Sozialgerichte verbessern" auf Drucksache 19/10253 haben 41 Abgeordnete mit Ja und 125 Abgeordnete mit Nein gestimmt; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Modellprojekt ‚Freiwilliges Handwerksjahr‘ in Bayern zur Stärkung der Berufsorientierung und Fachkräftesicherung im Handwerk" auf Drucksache 19/10787 haben 39 Abgeordnete mit Ja und 126 Abgeordnete mit Nein gestimmt; es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Beim Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Versprechen halten – Gehörlosengeld in Bayern endlich einführen" auf Drucksache 19/10279 haben 43 Abgeordnete mit Ja und 127 Abgeordnete mit Nein gestimmt; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 10 selbst: Dieser wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/11376 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. – Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als

erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 11)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich sämtliche Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Gibt es auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/11376 weise ich darauf hin, dass auch die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10303 mit 19/10310, 19/10312 mit 19/10345, 19/10347 bis 19/10354, 19/10367, 19/10368, 19/10389, 19/10394, 19/10395 und 19/10752 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen. – Wir machen bis 14:00 Uhr Mittagspause.

(Unterbrechung von 13:30 bis 14:00 Uhr)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es ist 14:00 Uhr. Der erste Redner steht bereit. Von daher steigen wir nach der Mittagspause wieder in die Tagesordnung ein.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 9: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales (Drs. 19/11376); Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griefßhammer, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u. a. und Fraktion SPD (Drs. 19/11041)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias			
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Griefßhammer Holger			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus	X			Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene		X		Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo				Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim		X	
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian	X		
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	43	127	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 9: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales (Drs. 19/11376); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10238)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker				Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina			X
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias			
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus	X			Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene		X		Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim		X	
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian	X		
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas			
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	43	123	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 9: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales (Drs. 19/11376); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schubert u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10253)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker				Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten		X	
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias			
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
von Brunn Florian				Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus	X			Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene		X		Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex				Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim		X	
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian	X		
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter			
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	41	125	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 9: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales (Drs. 19/11376); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10787)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst				Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten		X	
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias			
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred			
von Brunn Florian				Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine			
Dr. Büchler Markus	X			Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene		X		Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim		X	
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian	X		
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	39	126	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 9: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales (Drs. 19/11376); Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD (Drs. 19/10279)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten		X	
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin		X	
Blume Markus				Goller Mia	X		
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias			
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Griebhammer Holger			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus	X			Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene		X		Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim		X	
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian	X		
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	43	127	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 9

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Versprechen einhalten – Einführung eines Gehörlosengeldes
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 19/10238
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Selbsthilfekontaktstellen strukturell absichern
(Kap. 10 03 neuer Tit.)
Drs. 19/10239
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene
(Kap. 10 06 Tit. 536 01)
Drs. 19/10240
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Aufklärungskampagne für Jugendmedienschutz auf digitalen Geräten
und digitalen Plattformen
(Kap. 10 07 Tit. 67)
Drs. 19/10241
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Kosten der/des Beauftragten für das Ehrenamt
(Kap. 10 07 Tit. 536 02)
Drs. 19/10242

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Umsetzung des Bayerischen Aktionsplans QUEER und anderer Maßnahmen im Bereich LSBTIQ ausreichend finanzieren
(Kap. 10 07 Tit. 540 61, 633 61, 684 61, 686 75 u. neuer Tit.)
Drs. 19/10243
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Kinderwunschbehandlung auch bei lesbischen Paaren unterstützen
(Kap. 10 07 Tit. 681 66)
Drs. 19/10244
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Radikalisierungsprävention flächendeckend ausbauen
(Kap. 10 07 Tit. 684 60)
Drs. 19/10245
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Kompetenzaufbau zur Bekämpfung von Desinformation und Stärkung der gesellschaftlichen Informationskompetenz
(Kap. 10 07 Tit. 684 67)
Drs. 19/10246
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung sowie familienbezogene Beratung von Gemeinwesenarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 19/10247
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Monitoring-Stelle für die Umsetzung der Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention in Bayern
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 19/10248
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) retten und ausbauen – Förderquote auf 40 Prozent anheben
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 19/10249

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Meldestelle Antifeminismus
(Kap. 10 07 TG 61 neuer Tit.)
Drs. 19/10250
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Erhöhung der Investitionsmittel für die Jugendherbergen
(Kap. 10 07 Tit. 893 78)
Drs. 19/10251
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Personelle Ausstattung der Arbeitsgerichte verbessern
(Kap. 10 10 Tit. 422 01)
Drs. 19/10252
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Personelle Ausstattung der Sozialgerichte verbessern
(Kap. 10 12 Tit. 422 01)
Drs. 19/10253
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung I:
Entgelte der beauftragten Person der Bayerischen Staatsregierung
für die Belange von Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 01 Tit. 428 15)
Drs. 19/10254
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Beauftragte der Staatsregierung II:
Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene
(Kap. 10 06 Tit. 536 01)
Drs. 19/10255
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Beauftragte der Staatsregierung III:
Kosten der/des Beauftragten für das Ehrenamt
(Kap. 10 07 Tit. 536 02)
Drs. 19/10256

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Kostenausgleich für die Sicherstellung der Insolvenzberatung
(Kap. 10 03 Tit. 633 73)
Drs. 19/10257
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz –
Unterhaltsvorschüsse und -ausfallleistungen
(Kap. 10 03 Tit. 681 71)
Drs. 19/10258
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Einführung eines bayerischen Gehörlosengeldes
(Kap. 10 03 neuer Tit.)
Drs. 19/10259
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation
(Kap. 10 07 Tit. 531 73)
Drs. 19/10260
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Kosten des Bayerischen Landesfrauenrates
(Kap. 10 07 Tit. 537 83)
Drs. 19/10261
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I: Erstattung an Kommunen
für Personal und Vormundschaftskosten im Bereich der Verteilung
von unbegleiteten Minderjährigen
(Kap. 10 07 Tit. 633 03)
Drs. 19/10262
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II: Kosten der Unterbringung,
Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Minderjähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 04)
Drs. 19/10263

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III: Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer junger Volljähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 06)
Drs. 19/10264
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung von generationenübergreifenden Maßnahmen und Projekten
(Kap. 10 07 Tit. 633 67)
Drs. 19/10265
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktionsmedizin – Leistungen an natürliche Personen
(Kap. 10 07 Tit. 681 66)
Drs. 19/10266
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung staatlich nicht anerkannter Schwangerenberatungsstellen
(Kap. 10 07 Tit. 684 03)
Drs. 19/10267
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung von generationenübergreifenden Maßnahmen und Projekten
(Kap. 10 07 Tit. 684 67)
Drs. 19/10268
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie
(Kap.10 07 Tit. 684 73)
Drs. 19/10269
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuschuss an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 19/10270

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung von Heimen, Tagesstätten und ähnlichen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung
(Kap. 10 07 Tit. 893 79)
Drs. 19/10271
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Betreuungsgeld nach dem Bayerischen Landesbetreuungsgeldgesetz (BayLBGG)
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 19/10272
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention
(Kap. 10 07 TG 60)
Drs. 19/10273
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Aktionsplan QUEER
(Kap. 10 07 TG 61)
Drs. 19/10274
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Maßnahmen im Bereich LSBTIQ
(Kap. 10 07 TG 75)
Drs. 19/10275
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, Chancengerechtigkeit
(Kap. 10 07 TG 86)
Drs. 19/10276
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte – Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume
(Kap. 10 12 Tit. 518 01)
Drs. 19/10277

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Kosten der einstweiligen Unterbringung und des Vollzugs von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch- und/oder suchtkranken Straftätern
(Kap. 10 72 Tit. 633 01)
Drs. 19/10278
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Versprechen halten – Gehörlosengeld in Bayern endlich einführen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 19/10279
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Digitalbonus für die Sozialwirtschaft
(Kap. 10 03 TG 74)
Drs. 19/10280
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – inklusiver Wohnraum für Menschen mit Behinderung durch Konversion von Komplexeinrichtungen
(Kap. 10 05 Tit. 893 01)
Drs. 19/10281
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Keine Kürzungen beim Freiwilligen Sozialen Jahr in Bayern
(Kap. 10 05 TG 73)
Drs. 19/10282
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Berufsorientierung stärken – Ausbildung sichern
(Kap. 10 05 TG 74)
Drs. 19/10283
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Schlichtungsstelle beim Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 TG 78-79)
Drs. 19/10284
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Gebührenfreiheit im Kindergarten
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)
Drs. 19/10285

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Ausbau der Familienerholung für sozial und finanziell schwächere Familien
(Kap. 10 07 Tit. 681 73)
Drs. 19/10286
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Für mehr statt weniger Inklusion in Bayerns Kitas
(Kap. 10 07 Tit. 684 04)
Drs. 19/10287
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stärkung der Ehe- und Familienberatung
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 19/10288
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Für eine wirksame Radikalisierungsprävention
(Kap. 10 07 TG 60)
Drs. 19/10289
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Generationenübergreifende Arbeit und Infrastruktur sichern
(Kap. 10 07 TG 67)
Drs. 19/10290
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Digitale Teilhabe für Seniorinnen und Senioren
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 19/10291
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Einsamkeit verhindern – aufsuchende Seniorenarbeit stärken!
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 19/10292
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Kinderschutz in Bayern verbessern – Fachberatungsstellen
sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen stärken
(Kap. 10 07 TG 74)
Drs. 19/10293

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stärkung der Erziehungsberatungsstellen
(Kap. 10 07 TG 74)
Drs. 19/10294
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Für mehr Chancengerechtigkeit – Ausbau der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit und der Jugendsozialarbeit an Schulen
(Kap. 10 07 TG 76)
Drs. 19/10295
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Ruth Waldmann u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Keine Kürzungen beim Ehrenamt – Engagement in Bayern stärken statt schwächen
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 19/10296
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Ruth Waldmann u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Ausbau der Zentren für lokales Freiwilligenmanagement
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 19/10297
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Selbsthilfekontaktstellen nachhaltig finanziell absichern
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 19/10298
62. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Pädagogische Qualitätsbegleitung in Kitas und Tagespflege verlässlich absichern
(Kap. 10 07 TG 88)
Drs. 19/10299
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sprach-Kita-Programm stärken – weiteren Ausbau der Sprachförderung ermöglichen
(Kap. 10 07 TG 95)
Drs. 19/10300

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Medienkompetenz in Kitas stärken statt schwächen
(Kap. 10 07 TG 96)
Drs. 19/10301
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mehr Fachkräfte für die Soziale Arbeit in Bayern –
Refinanzierung der Praxisangebote dualer Studiengänge
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 19/10302
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Kürzung der Mittel für die Meldestelle „RE!spect im Netz“
(Kap. 10 07 Tit. 684 59)
Drs. 19/10356
67. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Modellprojekt „Freiwilliges Handwerksjahr“ in Bayern zur Stärkung
der Berufsorientierung und Fachkräftesicherung im Handwerk
(Kap. 10 02 Tit. 972 03 u. Kap. 10 05 neuer Tit.)
Drs. 19/10787